



Forschungsstelle Terrorismus/Extremismus im BKA

Politisch motivierte Kriminalität in Deutschland 2024: Trends, Schwerpunkte und regionale Verteilung im Hellfeld

David Bretschi, Sandra Michaelis, Sarah Bitschnau

Phänomenmonitoring

Zusammenfassung

Politisch motivierte Kriminalität (PMK) stellt einen zentralen Indikator für gesellschaftliche Konfliktlagen und Radikalisierungstendenzen dar. Der vorliegende Beitrag analysiert die aktuelle Entwicklung, inhaltliche Ausprägungen und regionale Verteilung politisch motivierter Straftaten im Hellfeld in Deutschland und ordnet die Befunde in den Kontext des phänomenübergreifenden Radikalisierungsmonitorings von MOTRA ein. Die Datengrundlage bilden die polizeilich registrierten Straftaten des Kriminalpolizeilichen Meldedienstes in Fällen Politisch motivierter Kriminalität (KPM-D-PMK) für den Zeitraum von 2010 bis 2024.

Die Ergebnisse zeigen, dass die registrierte Politisch motivierte Kriminalität im Jahr 2024 in mehreren Bereichen neue Höchststände erreichte. Der Anstieg betrifft insbesondere Delikte ohne Gewaltbezug und ist vor allem bei rechtsmotivierten Straftaten sowie bei Delikten der religiösen und ausländischen Ideologie ausgeprägt. Zudem nahmen unterschiedliche Formen von Hasskriminalität, politisch motivierte Straftaten im digitalen Raum und Anfeindungen gegenüber Amts- und Mandatstragenden erkennbar zu. Die polizeilich dokumentierte Gewaltkriminalität entwickelte sich insgesamt moderater, wobei eine auffällige Ausnahme in Form einer zunehmenden Anzahl von Gewaltdelikten im Zusammenhang mit Demonstrationen und dem Israel-Gaza-Konflikt im Phänomenbereich der Ausländischen Ideologie zu beobachten ist.

Thematisch sind die Entwicklungen im Jahr 2024 insbesondere durch internationale Konflikte sowie durch eine Zunahme von Konfrontationsdelikten geprägt. Die regionale Analyse verdeutlicht zugleich deutliche Unterschiede zwischen den Phänomenbereichen: Während rechtsmotivierte Straftaten und keinem der klassischen Phänomenbereiche zuordenbaren Delikte räumlich breiter gestreut auftreten, konzentrieren sich Straftaten in den Bereichen der Religiösen und Ausländischen Ideologie stärker auf städtisch geprägte Regionen. Linksmotivierte Straftaten zeichnen sich insgesamt durch eine vergleichsweise hohe regionale Konzentration aus.

Zur Einordnung der aktuellen Entwicklung von Kriminalitätsraten wurden semi-parametrische Regressionsmodelle geschätzt und Prognoseintervalle berechnet, um Abweichungen vom langfristigen Verlauf zu identifizieren. Die Befunde sprechen in mehreren Bereichen gegen reine Zufallsschwankungen und deuten auf gesellschaftliche Dynamiken in der Kriminalitätsentwicklung hin. Der Beitrag unterstreicht damit die Relevanz einer kontinuierlichen, differenzierten Beobachtung Politisch motivierter Kriminalität sowie die Notwendigkeit gezielter Präventions- und Sicherheitsstrategien.

Stichworte

Politisch motivierte Kriminalität | Kriminalitätsentwicklung |
Trendanalyse | Raumanalyse



Einleitung

Politisch motivierte Kriminalität (PMK) stellt einen wichtigen Indikator für gesellschaftliche Konflikte und Radikalisierungstendenzen dar. Die langfristige Beobachtung von PMK bildet daher einen zentralen Bestandteil des Monitoring-Ansatzes von MOTRA, der auf eine ganzheitliche Analyse von Radikalisierungsphänomenen im Zusammenspiel von Diskursen, Einstellungen und Verhaltensweisen ausgerichtet ist.

Das Ziel dieses Beitrags besteht darin, aktuelle Trends Politisch motivierter Kriminalität im Hellfeld darzustellen, inhaltliche Schwerpunkte und Entwicklungen für das Jahr 2024 herauszuarbeiten und diese im Kontext relevanter gesellschaftlicher Diskurs- und Konfliktfelder einzuordnen. Als Datengrundlage dient die Kriminalstatistik des „Kriminalpolizeilichen Meldedienstes in Fällen Politisch motivierter Kriminalität“ (KPMD-PMK), die eine differenzierte Analyse von polizeilich registrierten Straftaten seit 2010 ermöglicht.

Die Auswertungen beziehen sich zunächst auf die Entwicklung von Politisch motivierter Kriminalität insgesamt sowie auf die Teilmengen Gewaltdelinquenz und Hasskriminalität. Darauf aufbauend werden die Kriminalitätsentwicklungen im digitalen Raum, im Kontext von Protestgeschehen sowie Straftaten gegen Amts- und Mandatstragende vertiefend untersucht. Ergänzend wird die regionale Verteilung von PMK berücksichtigt, um geografische Muster und strukturelle Zusammenhänge sichtbar zu machen. Die inhaltlichen Bezüge der Delikte werden dabei nach phänomenologischen Zuordnungen unterschieden, die auf Grundlage polizeilicher Einschätzungen zu Tatumsständen und mutmaßlichen Motiven erfolgen.

Der Bericht soll insgesamt einen Beitrag zu einer Gesamtschau des aktuellen Radikalisierungsgeschehens leisten, Risiken für Betroffene und die Gesellschaft frühzeitig erkennbar machen und Impulse für eine evidenzbasierte Prävention, Sicherheitspolitik und Forschung geben.

Datengrundlage und methodische Hinweise

Die Analysen in diesem Beitrag basieren auf polizeilich registrierten Straftaten, die durch den Kriminalpolizeilichen Meldedienst in Fällen Politisch motivierter Kriminalität dokumentiert wurden (BMI & BKA, 2025).

In dieser Statistik werden Straftaten erfasst, bei denen die Tatumstände und/oder die Einstellung der Tatverdächtigen darauf schließen lassen, dass sie den demokratischen Willensbildungsprozess beeinflussen sollen, sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung richten oder durch Anwendung von Gewalt auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden. Darüber hinaus umfasst die PMK Straftaten, die sich gegen eine Person aufgrund ihrer politischen Einstellung richten oder aufgrund von unmittelbaren Vorurteilen in Bezug auf gruppenspezifische Eigenschaften wie Hautfarbe, sexuelle Orientierung oder religiöse Zugehörigkeit begangen werden (Hass- oder Vorurteils kriminalität). Zudem werden sogenannte klassische Staatsschutzdelikte als PMK erfasst. Dazu gehören insbesondere Propagandadelikte (§§ 86, 86a StGB), die Bildung einer terroristischen Vereinigung (§ 129a StGB) sowie schwere staatsgefährdende Gewalttaten (§§ 89a StGB). Delikte dieser Art werden auch dann erfasst, wenn im Einzelfall keine politische Motivation festgestellt werden konnte, etwa bei Propagandadelikten schuldunfähiger Personen wie Kinder unter 14 Jahren.

Im Unterschied zur Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS), die sich auf Fälle von polizeilich abgeschlossenen Ermittlungen bezieht, werden politisch motivierte Delikte bereits beim Vorliegen eines Anfangsverdachts in Gestalt einer Eingangsstatistik dokumentiert.

Zur differenzierten Einordnung politisch motivierter Straftaten werden zu einzelnen Delikten vielfältige Informationen dokumentiert. Diese lassen sich in zwei Kategorien unterscheiden: Die erste Kategorie betrifft Angaben zur objektivierbaren Tatfeststellung, worunter Erkenntnisse zum Tatort, Tatzeitpunkt, Tatmittel, Angriffsziel und den tatverdächtigen Personen fallen. Als zweite Kategorie werden politisch motivierte Straftaten hinsichtlich ihrer mutmaßlich zugrunde liegenden phänomenologisch-ideologischen Ausrichtung, ihrer Deliktsqualität in den Ausprägungen Terrorismus, Gewaltkriminalität und sonstige Straftaten sowie hinsichtlich ihrer mutmaßlich konkret verfolgten Zielstellung anhand

eines umfassenden Themenfeldkataloges eingeordnet. Politisch motivierte Gewaltkriminalität bezieht sich auf Delikte, die eine besondere Gewaltbereitschaft der tatverdächtigen Personen erkennen lassen. Die Gewaltkategorie im KPMD-PMK ist dabei nicht vollständig identisch mit der PKS und umfasst unter anderem die Deliktbereiche Tötungsdelikte, Körperverletzungen, Brand- und Sprengstoffdelikte, Landfriedensbruch, Freiheitsberaubung, Raub, Erpressung, Widerstandsdelikte sowie Sexualdelikte. Die phänomenologisch-ideologische Zuordnung der Taten geschieht anhand der Kategorien „PMK – rechts –“, „PMK – links –“, „PMK – religiöse Ideologie –“ und „PMK – ausländische Ideologie –“. Straftaten im Bereich der „Ausländischen Ideologie“ beziehen sich auf Taten, bei denen eine aus dem Ausland stammende, nichtreligiöse Ideologie maßgeblich für die Tatbegehung eingeschätzt wird. Dazu zählen insbesondere Delikte im Zusammenhang mit Konflikten außerhalb Deutschlands. Kann der ideologische Hintergrund nicht eindeutig zugeordnet werden – etwa bei unbekannter oder nicht eindeutig klassifizierbarer Motivation sowie bei sogenannten „echten Staatsschutzdelikten“ tatverdächtiger Personen, die als schuldunfähig gelten –, erfolgt die Einordnung in die Kategorie „PMK – sonstige Zuordnung –“.

Die vorliegenden Daten decken den Zeitraum von 2010 bis einschließlich 2024 ab und enthalten insgesamt 649 320 polizeilich registrierte Einzeldelikte. Zur Berechnung der Kriminalitätsraten wurden Daten der amtlichen Bevölkerungsfortschreibung verwendet (Destatis, 2025). Für die räumliche Analyse wurden die Tatörtlichkeiten georeferenziert und den jeweiligen Kreiskennziffern der 400 Kreise und kreisfreien Städte auf NUTS-3-Ebene zugeordnet. Die Daten zur Bevölkerungszahl und siedlungsstrukturellen Prägung der Kreise entstammen der laufenden Raumbeobachtung des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR, 2022).

Auf dieser Datengrundlage werden im Folgenden aktuelle Entwicklungen von PMK im Allgemeinen sowie hinsichtlich inhaltlicher Schwerpunkte dargestellt. Die Auswahl der Schwerpunkte orientiert sich an der Ausrichtung der weiteren MOTRA-Teilmodule, die auf ein ganzheitliches Radikalisierungsmonitoring im Kontext der Ebenen Diskurs, Einstellungen und Verhalten ausgelegt sind (vgl. Kemmesies, 2021). Durch eine solche Bezugnahme soll die Verknüpfung von Erkenntnissen ermöglicht werden, die in der Gesamtschau gesellschaftliche Radikalisierungstendenzen offenlegen. Ergänzt werden die

inhaltlichen Schwerpunkte durch Einblicke in aktuelle Entwicklungen der regionalen Verteilung und räumlichen Konzentration von PMK.

Innerhalb der jeweiligen Schwerpunkt-kategorien liegt – im Sinne des phänomenübergreifenden Charakters des MOTRA-Monitorings – ein Fokus der Analysen auf Unterschieden zwischen den phänomenologisch-ideologischen Zuordnungen der Delikte sowie deren thematischen Ausrichtungen. Dabei folgen die Darstellungen innerhalb der Kapitel keinem starren Schema, sondern richten sich nach empirisch relevanten Beobachtungen.

Um den Kriminalitätsverlauf zu modellieren und zu prüfen, ob die im Jahr 2024 beobachteten PMK-Raten den längerfristigen Entwicklungen entsprechen oder als auffällig einzustufen sind, wurden für jede Kombination aus Phänomenbereich und Deliktsqualität (Gesamtkriminalität, Gewaltkriminalität) sowie für die Ausprägungen von Hasskriminalität jeweils Generalized Additive Models (GAMs) geschätzt (Wood, 2017; Wood, 2025).

GAMs ermöglichen eine datengetriebene Anpassung an unterschiedliche Verlaufsformen von Kriminalitätsraten. Bei linearen Entwicklungen verhalten sich GAMs praktisch identisch zu linearen Regressionsmodellen, erfassen aber bei Bedarf auch nichtlineare Muster ohne a priori Festlegung der Funktionsform. Die maximale Anzahl der Basis-Funktionen wurde basierend auf Modelldiagnostik auf $k = 7$ begrenzt und Glättungsparameter mittels Restricted Maximum Likelihood (REML) geschätzt, um Überanpassung bei der begrenzten Anzahl von Beobachtungsjahren zu vermeiden. Die statistischen Analysen wurden mit der Software R (R Core Team, 2024) unter Verwendung des Pakets mgcv (Wood, 2000) durchgeführt.

Die Kriminalitätsrate diente jeweils als abhängige Variable, das Kalenderjahr als Prädiktorvariable. Die Modellschätzung erfolgte auf Grundlage der Jahre 2010 bis 2023, sodass die Werte des Jahres 2024 als unabhängige Testbeobachtungen beurteilt werden konnten. Für das Jahr 2024 wurden auf Basis der geschätzten Modelle sowohl Punktvorhersagen als auch 95 %-Prognoseintervalle berechnet. Im Unterschied zu Konfidenzintervallen, die die Unsicherheit des geschätzten Trends quantifizieren, berücksichtigen Prognoseintervalle zusätzlich die inhärente Variabilität zukünftiger Einzelbeobachtungen und sind daher breiter.

Die statistische Signifikanz der Abweichungen zwischen beobachteten und prognostizierten Werten wurde mittels zweiseitiger t-Tests geprüft. Abweichungen außerhalb des Prognoseintervalls wurden als statistisch signifikant ($p < 0.05$) eingestuft. Da mehrere Phänomenbereiche simultan getestet wurden, erfolgte eine Adjustierung der p-Werte nach der Holm-Methode, um die Wahrscheinlichkeit falsch-positiver Befunde zu reduzieren. Wo dies relevant ist, werden die korrigierten p-Werte in Fußnoten ausgewiesen. Neben der statistischen Signifikanz wird auch die prozentuale Differenz zwischen beobachtetem und erwartetem Wert angegeben, um die inhaltliche Bedeutung der Abweichungen zu verdeutlichen.

Diese Vorgehensweise ermöglicht es, kurzfristige Auffälligkeiten innerhalb langfristiger Trends systematisch zu identifizieren und diese im weiteren Verlauf im Kontext gesellschaftlicher Dynamiken zu interpretieren.

Entwicklung und Verteilung von Politisch motivierter Kriminalität

Entwicklungen nach Phänomenbereichen, Gewaltbezug und Hasskriminalität

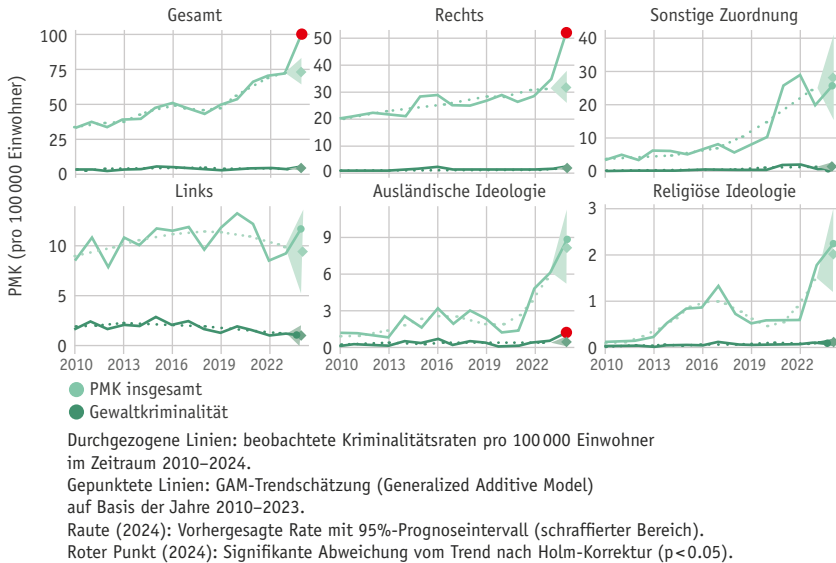


Abbildung 1: Langfristiger Trend der Kriminalitätsrate von politisch motivierten Straftaten insgesamt und für Gewaltkriminalität nach Phänomenbereich für die Jahre 2010 bis 2024

Abbildung 1 stellt die Entwicklung der politisch motivierten Kriminalitätsraten – gemessen als Straftaten je 100 000 Einwohner – im Zeitraum von 2010 bis 2024 dar. Unterschieden wird dabei zwischen Politisch motivierter Kriminalität insgesamt sowie als Gewaltkriminalität eingestuft Delikten. Zusätzlich erfolgt eine Differenzierung nach Phänomenbereichen, wobei die Darstellung absteigend entsprechend der Höhe der Kriminalitätsraten geordnet ist.¹ Um die Kriminalitätsentwicklung trotz der deutlichen

¹ Die statistischen Analysen wurden mit der Software R (R Core Team, 2024) unter Verwendung des Pakets *mgcv* (Wood, 2000) durchgeführt.

Niveauunterschiede zwischen den Phänomenbereichen abbilden zu können, folgen die Darstellungen der Kriminalitätsraten im Schaubild keiner festen Skala auf der y-Achse.

Im Folgenden werden die Entwicklungen nach Delikten insgesamt und nach Gewaltstraftaten differenziert beschrieben, bevor eine Analyse der am häufigsten registrierten Ausprägungen von Hasskriminalität erfolgt.

Politisch motivierte Kriminalität insgesamt

Die Kriminalitätsraten politisch motivierter Straftaten zeigen insgesamt über den gesamten Beobachtungszeitraum hinweg einen ansteigenden Trend. Im Jahr 2024 wird mit 100.71 Delikten pro 100 000 Einwohner (Fallzahl 2024 = 84 172) ein neuer Höchststand erreicht, der einen signifikanten Anstieg gegenüber dem bisherigen Trend darstellt. Die dokumentierte Kriminalitätsrate liegt dabei um 36.3 % (p-Wert < 0.001) über dem aufgrund der vorherigen Entwicklung geschätzten Wert. Der Anstieg resultiert aus Zuwächsen in allen Phänomenbereichen, die jedoch in unterschiedlicher Stärke ausgeprägt waren.

Besonders deutlich ist der Zuwachs im Bereich *Rechts*. Hier wurden die höchsten Kriminalitätsraten seit Erfassung der Statistik verzeichnet, bei der die Werte im Jahr 2024 61.9 % und damit signifikant über dem erwarteten Trend liegen (p-Wert < 0.001). Inhaltlich lässt sich diese Entwicklung durch einen Anstieg an Delikten mit verschiedenen thematischen Bezügen erklären. Auffällig sind unter anderem Zunahmen gegenüber dem Vorjahr bei Straftaten mit Bezug zu Propaganda (+57.7 %; Fallzahl 2024 = 26 456), Ausländerfeindlichkeit (+34.6 %; Fallzahl 2024 = 8 781) sowie Straftaten „gegen links“ (+228.6 %; Fallzahl 2024 = 2 455). Hinzu kommt ein deutlicher Anstieg von Straftaten im Zusammenhang mit Europa-, Landtags- und Kommunalwahlen.

Auch in den Phänomenbereichen *Sonstige Zuordnung* und *Links* nahmen die Raten im Jahr 2024 zu, allerdings ohne signifikante Abweichungen von dem geschätzten Trend. So lag die Kriminalitätsrate im Bereich *Sonstige Zuordnung* um -6.4 % (p-Wert = 0.765) unter und im Bereich *Links* um 27.7 % (p-Wert = 0.209) über den prognostizierten Werten. Wenngleich die zunehmende Entwicklung im Bereich der sonstigen Zuordnung nicht einem langfristigen geschätzten Trend widerspricht, ist sie dennoch bemerkenswert.

Nachdem die Corona-Pandemie als wesentlicher thematischer Bezugspunkt für eine Zunahme der dokumentierten Kriminalität in diesem Bereich im Jahr 2024 deutlich an Relevanz verlor (-77.7 %; Fallzahl 2024 = 330) und damit einhergehend auch Straftaten mit thematischem Bezug zur Polizei (-13.8 %, Fallzahl 2024 = 1241), und darüber hinaus zur Ukraine (-43.5 %; Fallzahl 2024 = 1033) gegenüber dem Vorjahr rückläufig waren, wäre ein weiterer Rückgang an Straftaten in diesem Bereich eine erwartbare Entwicklung. Stattdessen lässt sich ein erneuter Zuwachs an PMK gegenüber dem Jahr 2023 beobachten, der sich thematisch auf Delikte „gegen sonstige politische Gegner“ (+72.6 %; Fallzahl 2024 = 10 085) sowie im Zusammenhang mit den Europa- (+256 200.0 %; Fallzahl 2024 = 5 126) und Kommunalwahlen (+973.4 %, Fallzahl 2024 = 3 671) zurückführen lässt, die aufgrund entsprechender Ereignisse im Jahr 2024 stark zunahmen. Im Bereich *Links* stiegen vor allem die Delikte mit Bezug „gegen rechts“ (+129.0 %; Fallzahl 2024 = 6 788) und zu Kommunalwahlen (+1 243.5 %, Fallzahl 2024 = 927), während die klimabezogene Delikte 2024 abnahmen (-62.2 %, Fallzahl 2024 = 948).

Weitere Zuwächse in den Kriminalitätsraten zeigen sich in den Phänomenbereichen *Ausländische Ideologie* und *Religiöse Ideologie*, deren beobachtete Werte um 7.1 % (p-Wert = 0.671) beziehungsweise um 7.7 % (p-Wert = 0.691) von den erwarteten Werten abwichen und damit einen steigenden Trend der Vorjahre fortsetzten. Die Delikte aus beiden Bereichen standen im Jahr 2024 inhaltlich eng im Zusammenhang mit dem Israel-Gaza-Konflikt, in dessen Kontext es gegenüber dem Vorjahr auch zu einem deutlichen Anstieg antisemitisch eingestufter Straftaten kam.

Im Bereich *Ausländische Ideologie* standen im Jahr 2024 70.6 % aller Delikte in Zusammenhang mit diesem Konflikt (2023: 54.3 %), wobei die damit verbundenen Straftaten gegenüber dem Vorjahr um +84.2 % (Fallzahl 2024 = 5 138)² zunahmen. Gleichzeitig war ein Rückgang der Delikte im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine zu beobachten (-37.1 %; Fallzahl 2024 = 721)³.

2 Die Phänomenbereiche *Religiöse Ideologie* und *Ausländische Ideologie* werden erst seit dem Jahr 2017 gesondert erfasst (vgl. BMI, 2018). Zuvor wurden Straftaten dieser Phänomenbereiche in einer gemeinsamen Kategorie *Ausländer verortet*. Um langfristige Entwicklungen schätzen zu können, wurden alle in dem Phänomenbereich *Ausländer* dokumentierten Delikte mit dem Oberthemenfeld „Islamismus/Fundamentalismus“ der Kategorie *Religiöse Ideologie* zugeordnet, während alle weiteren Fälle als Straftaten der Kategorie *Ausländische Ideologie* gelten.

3 Falls nicht anders dargestellt, beziehen sich im Folgenden Delikte mit thematischem Bezug zu dem Israel-Gaza-Konflikt auf Straftaten, die den beiden Unterthemenfeldern „Israel“ und „Palästina“ gemeinsam zugeordnet wurden.

Im Bereich *Religiöse Ideologie* dominierten ebenfalls Delikte im Kontext des Israel-Gaza-Konflikts (+4.3 %; Fallzahl 2024 = 906) sowie antisemitisch motivierte Straftaten. Hinzu kamen Zuwächse bei Straftaten im Zusammenhang mit dem Themenfeld „Betätigungsverbot“ (+746.9 %; Fallzahl 2024 = 415) und dem „Islamischen Staat“ (+105.4 %; Fallzahl 2024 = 421).

Insgesamt zeigt sich im Jahr 2024 eine deutliche Zunahme der registrierten PMK. Phänomenübergreifend sowie für den Bereich *Rechts* deuten die Befunde darauf hin, dass die beobachteten Entwicklungen keine zufälligen Schwankungen darstellen, sondern auf eine gesellschaftliche Dynamik in der Kriminalitätsentwicklung hinweisen. In den Bereichen *Religiöse Ideologie* und *Ausländische Ideologie* setzt sich ein ansteigender Trend fort. Die Kriminalitätsraten der Kategorien *Sonstige Zuordnung* steigen nach einem Rückgang nach der Pandemie-Phase im Jahr 2024 erneut an und setzen damit einen langfristig ansteigenden Trend fort. Linksmotivierte Kriminalitätsraten zeigen in der Statistik keinen langfristig ansteigenden Trend, erhöhen sich allerdings dennoch deutlich gegenüber dem Vorjahr. Inhaltlich lassen sich die Zuwächse bei *Religiöser* und *Ausländischer Ideologie* vor allem auf eine Zunahme von Delikten im Zusammenhang mit dem Israel-Gaza-Konflikt und einem damit einhergehenden Anstieg antisemitischer Straftaten zurückführen. Hinzu kommen ein deutlicher Anstieg an sogenannten Propagandadelikten im Bereich *Rechts* sowie an Konfrontationsdelikten in den Bereichen *Rechts*, *Links* und bei Delikten der *Sonstigen Zuordnung*, die sich gegen politische Gegner richteten.

Politisch motivierte Gewaltkriminalität

Ein anderes Bild ergibt sich für die Entwicklung der politisch motivierten Hellfelddaten mit Gewaltbezug. Gewaltkriminalität stellt im Bereich der PMK nicht nur eine Bedrohung für die unmittelbar Betroffenen dar, sondern dient aufgrund der Deliktschwere auch als wichtiger Indikator für demokratiefeindliche Tendenzen und extremistische Handlungen. Im Gegensatz zu der Gesamtzahl an PMK-Straftaten im Jahr 2024, bei denen Delikte ohne Gewaltbezug einen Anteil von 94.9 % umfassen, steigen die Kriminalitätsraten mit Gewaltbezug über nahezu alle Phänomenbereiche hinweg im Betrachtungszeitraum nur moderat an. Im Jahr 2024 erreicht diese Gesamtentwicklung mit einer Kriminalitätsrate von 4.91 pro 100 000 Einwohnern (Fallzahl 2024 = 4 104) damit ein im historischen Vergleich höheres, aber kein auffälliges Niveau.

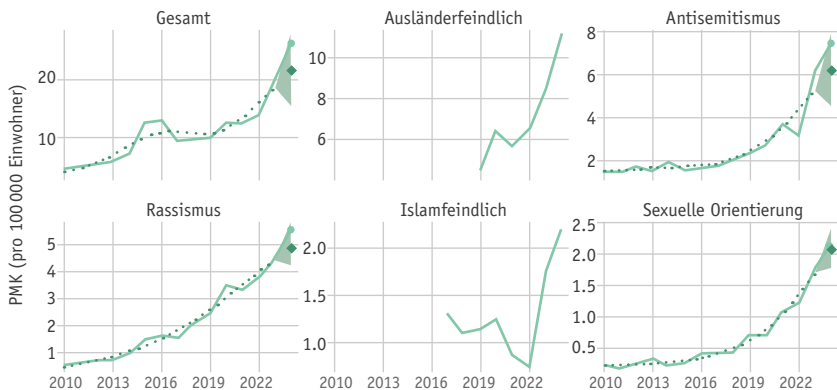
Eine Ausnahme bildet der Bereich *Ausländische Ideologie*. Hier erreicht das Hellfeld an Gewaltkriminalität im Jahr 2024 den höchsten Stand im Beobachtungszeitraum und liegt mit 158.3 % signifikant über dem erwarteten Wert (p -Wert = 0.003). Die Zunahme ist überwiegend auf Gewaltdelikte im Zusammenhang mit dem Israel-Gaza-Konflikt zurückzuführen, die im Vergleich zum Vorjahr deutlich anstiegen (+310.2 %; Fallzahl 2024 = 681). Ein erheblicher Teil dieser Delikte richtete sich im Rahmen von Demonstrationen gegen die Polizei.

In den Bereichen *Rechts*, *Religiöse Ideologie* und *Sonstige Zuordnung* weichen die Werte des Jahres 2024 zwar in unterschiedlichem Ausmaß von den prognostizierten Trends ab, jedoch ohne statistische Signifikanz zu erreichen. Im Bereich *Rechts* sind Zuwächse gegenüber dem Vorjahr insbesondere bei ausländerfeindlichen Gewaltdelikten (+6.9 %; Fallzahl 2024 = 825) sowie bei Propaganda-Delikten (+61.5 %; Fallzahl 2024 = 260) und Delikten „gegen links“ (+101.4 %; Fallzahl 2024 = 147) zu beobachten. Religiös motivierte Gewaltkriminalität stand im Jahr 2024 vorrangig im Zusammenhang mit dem Themenfeld „Islamismus/Fundamentalismus“ (+30.8 %; Fallzahl 2024 = 34) und zeigte Zuwächse bei Delikten im Themenfeld „Christenfeindlich“ (+66.7 %; Fallzahl 2024 = 15), allerdings auf einem im Vergleich niedrigen Niveau an dokumentierten Straftaten. Der Bereich der *Sonstigen Zuordnung* war 2024 unter anderem geprägt durch eine Zunahme an Gewaltdelikten im Zusammenhang mit der „Polizei“ (+17.5 %; Fallzahl 2024 = 208) und „sonstigen politischen Gegnern“, die sich politisch nicht eindeutig zuordnen ließen (+32.0 %; Fallzahl 2024 = 194).

Im Bereich *Links* zeigt die Abbildung 1 als einziger Phänomenbereich zwischen 2010 und 2023 einen leicht rückläufigen Trend und fällt 2023 um -0.063 dokumentierte Straftaten je 100 000 Einwohner niedriger aus als im Jahr 2010. Der im Jahr 2024 beobachtete Wert liegt im Rahmen dieser Entwicklung (5.7 % über dem erwarteten Wert). Trotz dieser rückgängigen Entwicklung stellen linksmotivierte Gewaltdelikte mit 41.0 % weiterhin den höchsten Anteil der registrierten Gewaltkriminalität unter allen Phänomenbereichen dar. Thematisch dominieren hier Gewaltdelikte im Zusammenhang mit Auseinandersetzungen „gegen rechts“ (+67.1 %; Fallzahl 2024 = 416), während die Zahl der Delikte mit Bezug zur Polizei (-35.0 %; Fallzahl 2024 = 359) oder zum Klima (-73.4 %; Fallzahl 2024 = 98) gegenüber dem Vorjahr zurückging.

Zusammenfassend lässt sich für das Jahr 2024 feststellen, dass die Zunahme Politisch motivierter Kriminalität insgesamt nicht in gleichem Maße mit einer Ausweitung von dokumentierter Gewaltkriminalität verbunden war. Zwar stiegen auch die Raten der Gewaltdelikte im Vergleich zu den Vorjahren an, der Anstieg fiel jedoch insgesamt moderater aus. Ähnlich wie bei den Straftaten ohne Gewaltbezug war die Gewaltkriminalität im Jahr 2024 in besonderem Maße durch thematische Bezüge zum Israel-Gaza-Konflikt geprägt. Darüber hinaus spielte auch die Zunahme konfrontativer Delikte, die sich unmittelbar gegen politische Gegner richteten, eine bedeutsame Rolle.

Vorurteils-/Hasskriminalität



Die durchgezogenen Linien zeigen die beobachteten Kriminalitätsraten pro 100.000 Einwohner im Zeitraum 2010–2024.

Gepunktete Linien: GAM-Trendschätzung (Generalized Additive Model) auf Basis der Jahre 2010–2023.

Raute (2024): Vorhergesagte Rate mit 95%-Prognoseintervall (schraffierter Bereich).

Abbildung 2: Langfristiger Trend der fünf häufigsten Unterthemen 2024 im Oberthemenfeld Hasskriminalität sowie insgesamt für die Jahre 2010 bis 2024

Hasskriminalität stellt eine besondere Bedrohung für das gesellschaftliche Zusammenleben dar.⁴ Straftaten in diesem Bereich sind dadurch gekennzeichnet, dass sie aus Vorurteilen gegenüber gruppenbezogenen Eigenschaften anderer Personen begangen werden, etwa deren ethnische Zugehörigkeit, Hautfarbe, religiöse Überzeugung oder sexuelle Orientierung. Solche Taten richten sich nicht nur gegen die unmittelbar betroffenen Personen, sondern entfalten darüber hinaus einen Botschaftscharakter, der die gesamte soziale Gruppe einschüchtern soll, der die Betroffenen tatsächlich oder vermeintlich angehören (vgl. Coester, 2019).

Abbildung 2 zeigt die Kriminalitätsentwicklung der fünf am häufigsten dokumentierten Themenfelder in der Oberkategorie „Hasskriminalität“ sowie die Kriminalitätsrate für die Oberkategorie insgesamt.⁵ Aus der Abbildung wird ein langfristig steigender Trend der aufgeführten Kriminalitätsraten deutlich, der in nahezu allen Kategorien in den letzten Jahren an Dynamik gewann.

Als Konsequenz wird im Jahr 2024 in allen aufgeführten Themenbereichen von Hasskriminalität ein neues Allzeithoch erreicht, das für das Themenfeld insgesamt mit einer Abweichung von 21.0 % über dem erwarteten Wert liegt, allerdings ohne das Signifikanzniveau zu erreichen. Die Abbildung verdeutlicht im Jahr 2024 höhere, wenngleich nicht signifikant abweichende Kriminalitätsraten gegenüber den auf Modellbasis geschätzten Werten bei antisemitisch motivierten Delikten (19.5 %; p-Wert = 0.141), bei rassistisch motivierten Straftaten (13.0 %; p-Wert = 0.068) sowie bei Delikten im Zusammenhang mit sexueller Orientierung (1.1 %; p-Wert = 0.868).

4 Im wissenschaftlichen Diskurs hat sich der Begriff „Vorurteilskriminalität“ („Bias Crime“) etabliert, da entsprechende Delikte nicht die Emotion „Hass“ vereint, sondern Vorurteile gegenüber den identitätsstiftenden Eigenschaften von Personen, ihren Identifikationsorten sowie ihren Besitz, die als Repräsentanten einer abgewerteten Gruppe Opfer einer strafrechtlich relevanten Handlung werden (vgl. Schellenberg, 2024; Coester, 2019).

5 Jede Straftat kann mehreren Themenfeldern zugeordnet werden, weshalb sich die Unterthemen nicht zur Gesamtzahl aufsummieren lassen. Das am häufigsten vergebenen Unterthemenfeld des Oberthemenfeldes „Hasskriminalität“ war im Jahr 2024 „Fremdenfeindlich“ (Fallzahl 2024 = 19.481). Diese Kategorie wird nicht aufgeführt, da sie mehrere Unterkategorien zusammenfasst und bei Straftaten aufgrund zugeschriebener oder tatsächlicher Merkmale von Betroffenen wie Nationalität, ethnischen Zugehörigkeit, Hautfarbe oder Religionszugehörigkeit vergeben wird.

Mit Blick auf antisemitisch motivierte Straftaten zeigt sich, dass im Jahr 2024 46.3 % dieser Delikte thematisch mit dem Themenfeld „Israel“ verbunden waren; im Jahr 2022 vor dem Angriff der Hamas auf Israel lag der Anteil noch bei 2.4 %. Dabei wiesen im Jahr 2024 im Bereich *Ausländische Ideologie* 95.8 % und im Bereich *Religiöse Ideologie* 88.5 % aller antisemitisch motivierten Delikte einen thematischen Bezug zu „Israel“ auf. Im Bereich *Rechts* lag der Anteil antisemitischer Straftaten mit Bezug zu Israel bei 6.6 %. Dies deutet darauf hin, dass antisemitische Straftaten im Bereich *Rechts* auch unabhängig von einem konkreten Bezug zu Israel anstiegen.

In den Themenfeldern „Ausländerfeindlich“ und „Islamfeindlich“ wird auf eine Trendmodellierung aufgrund der kurzen Beobachtungsdauer (fünf beziehungsweise sieben Jahre) verzichtet und nur die dokumentierten Kriminalitätsraten abgebildet. Dennoch veranschaulicht der Verlauf die Zuwächse an Hasskriminalität. So haben die Kriminalitätsraten im Themenfeld „Ausländerfeindlich“ seit seiner Erfassung ab dem Jahr 2019 um +151.7 % zugenommen. Auch die Deliktraten im seit 2017 erfassten Themenfeld „Islamfeindlich“ zeigen einen auffälligen Verlauf: Nach einem Rückgang der Kriminalitätsraten zwischen 2020 und 2022 kam es bis zu dem Jahr 2024 zu einem Anstieg von +201.3 %.

Insgesamt ist die Entwicklung der Hasskriminalität durch einen kontinuierlichen Anstieg seit 2010 geprägt, der im Jahr 2024 ein neues Allzeithoch erreicht. Wenngleich sich aus den Schätzungen keine Evidenz für eine Abweichung vom erwarteten Trend ergibt, setzt sich diese zunehmende Entwicklung in den häufigsten Themenbereichen sowie für das Themenfeld insgesamt fort. Inhaltlich lässt sich ein bedeutender Teil der Zunahme auf den Israel-Gaza-Konflikt und den damit verbundenen Anstieg antisemitischer Straftaten zurückführen; daneben stiegen auch andere Formen von Vorurteilskriminalität wie Ausländerfeindlichkeit oder Islamfeindlichkeit an. Damit verstärkt sich die gesellschaftliche Relevanz dieses Phänomens, da sich die Anfeindungen zunehmend gegen unterschiedliche Gruppen richten und das gesellschaftliche Zusammenleben in seiner Breite bedrohen.

Politisch motivierte Kriminalität über das Internet

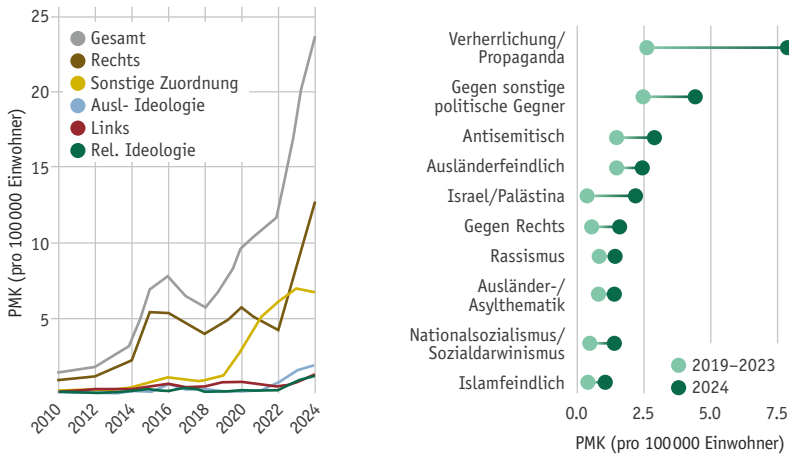


Abbildung 3: Politisch motivierte Kriminalität über das Internet nach Phänomenbereichen (Links) und nach den am häufigsten registrierten Themenfeldern (Rechts)

Hasskriminalität und politisch motivierte Straftaten verlagern sich zunehmend in den digitalen Raum (Hohner et al., 2025). Über das Tatmittel „Internet“ werden alle Straftaten erfasst, die im oder mittels Internet begangen wurden, etwa durch Direktnachrichten über Messenger-Dienste oder durch Hasspostings in sozialen Netzwerken.

Abbildung 3 (links) verdeutlicht, dass die Kriminalitätsrate der online dokumentierten PMK-Delikte seit 2010 über alle Phänomenbereiche hinweg deutlich zugenommen hat und im Jahr 2024 in fast allen Bereichen einen neuen Höchststand erreicht. Über den gesamten Zeitraum hinweg entfällt der größte Anteil dieser online verübten Fälle auf den Bereich *Rechts*, der 2024 mit einer Rate von 12,84 Straftaten je 100 000 Einwohner den höchsten Wert im Beobachtungszeitraum aufwies. Damit waren 53,5 % aller online dokumentierten Straftaten diesem Bereich zugeordnet. Der Anstieg in den Jahren 2023 und 2024 lässt sich inhaltlich vor allem auf eine Zunahme von Propagandadelikten sowie von ausländerfeindlich und antisemitisch eingestuft Straftaten zurückführen.

Neben rechtsmotivierten Delikten trugen im Jahr 2024 auch Straftaten aus dem Bereich *Sonstige Zuordnung* in erheblichem Umfang zur Online-PMK bei. Hier lag die Kriminalitätsrate bei 6.78 pro 100 000 Einwohner, was einem Anteil von 28.2 % an allen online dokumentierten Delikten entsprach. Während die starke Zunahme ab 2020 zunächst vor allem mit den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen im Kontext der COVID-19-Pandemie und staatlicher Schutzmaßnahmen in Verbindung stand, war der Bereich ab 2023 insbesondere durch Delikte geprägt, die sich gegen „sonstige politische Gegner“ richteten. Dies spiegelt sich auch in den Angriffszielen wider: Ein erheblicher Anteil dieser Taten richtete sich gegen Amts- und Mandatstragende.⁶ So waren im Jahr 2024 49.4 % aller dokumentierten Online-Delikte im Bereich der *Sonstige Zuordnung* dieser Personengruppe zugeordnet. Die Fallzahl hat sich hier seit 2020 von 3 149 auf 5 922 nahezu verdoppelt.

Seit 2022 sind zudem in weiteren Phänomenbereichen deutliche Steigerungen der Online-PMK zu verzeichnen, auch wenn diese auf niedrigerem Niveau liegen. Für den Bereich *Ausländische Ideologie* wurde 2024 eine Rate von 1.88 Straftaten pro 100 000 Einwohner registriert, was 7.8 % aller Online-Delikte entsprach. Im Bereich *Links* lag die Rate bei 1.32 (Anteil: 5.5 %), während der Bereich *Religiöse Ideologie* eine Rate von 1.20 (Anteil: 5.0 %) aufwies. Inhaltlich lassen sich die Zuwächse im Bereich *Ausländische Ideologie* zunächst mit Straftaten im Zusammenhang mit dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine erklären, während seit 2024 der Israel-Gaza-Konflikt und ein damit verbundener Anstieg antisemitischer Delikte im Vordergrund stehen. Auch im Bereich *Religiöse Ideologie* erklären Straftaten mit Bezug zum Israel-Gaza-Konflikt und zu Antisemitismus den deutlichen Anstieg. Bei linksmotivierten Online-Straftaten hingegen ist die Zunahme seit 2023 und insbesondere 2024 vor allem auf Konfrontationsdelikte „gegen rechts“ zurückzuführen. Auffällig ist auch hier, dass sich mit 43.0 % ein wesentlicher Anteil der dokumentierten Delikte gegen Amts- und Mandatstragende richtete. Die Fallzahlen stiegen in diesem Bereich seit 2020 von 356 auf 1 137 und haben sich damit mehr als verdreifacht.

Ein phänomenübergreifender Blick auf die Entwicklung der am häufigsten erfassten Themenfelder (Abbildung 3, rechts) verdeutlicht, dass die online verübte PMK im Jahr 2024 in allen Bereichen über dem Durchschnitt der

⁶ Hierunter wurden Straftaten gezählt, die den Unterangriffszielen „Amtsträger“ oder „Mandatsträger“ zugeordnet wurden.

fünf vorangegangenen Jahre lag. Auffällig oft dokumentiert wurden dabei Delikte in Themenfeldern, die eng mit rechtsmotivierter Kriminalität verbunden sind. Dies betrifft insbesondere Propaganda/Verherrlichung, Ausländerfeindlichkeit, Rassismus, Nationalsozialismus/Sozialdarwinismus und Islamfeindlichkeit. Darüber hinaus zeigt sich jedoch auch die zunehmende Bedeutung phänomenübergreifender Themen wie Antisemitismus und des Israel-Gaza-Konflikts sowie von Konfrontationsdelikten zwischen politischen Lagern.

Zusammenfassend verzeichnet die Politisch motivierte Kriminalität im Internet seit 2010 einen deutlichen Anstieg, der im Jahr 2024 in nahezu allen Phänomenbereichen einen Höchststand erreicht. Besonders stark ausgeprägt ist der Anstieg im Bereich *Rechts*, wo ein erheblicher Anteil der Delikte mit Propaganda, Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus in Verbindung steht. Die Online-PMK im Bereich *Sonstige Zuordnung* verbleibt auf einem hohen Niveau, wobei insbesondere Delikte gegen Amts- und Mandatstragende polizeilich erfasst wurden, deren Zahl sich seit 2020 nahezu verdoppelt hat. In den Bereichen *Ausländische Ideologie*, *Religiöse Ideologie* und *Links* sind Zuwächse erkennbar, die jeweils mit im Ausland stattfindenden Konflikten wie dem Angriffskrieg gegen die Ukraine und dem Israel-Gaza-Konflikt sowie mit politischer Konfrontation zwischen Lagern zusammenhängen. Insgesamt verdeutlichen die Befunde die wachsende Bedeutung des digitalen Raums für Politisch motivierte Kriminalität, wobei neben gesellschaftlichen Entwicklungen auch das Anzeigeverhalten Betroffener (Enzmann, 2015) sowie institutionelle Faktoren wie die Einrichtung der Zentralen Meldestelle für strafbare Inhalte im Internet (ZMI) zu einer Aufhellung des Dunkelfeldes und damit zu einem Anstieg der dokumentierten Kriminalitätsraten beitragen können.⁷

⁷ Am 1. Februar 2022 wurde im Bundeskriminalamt die „Zentrale Meldestelle für strafbare Inhalte im Internet“ (ZMI) eingerichtet. Diese Meldestelle soll eine effektivere Strafverfolgung insbesondere auch bei Hasskriminalität ermöglichen, indem gemeldete Inhalte über Kooperationspartner an die Strafverfolgungsbehörden weitergeleitet werden (vgl. BKA, n. d.).

Politisch motivierte Kriminalität im Kontext von Protesten

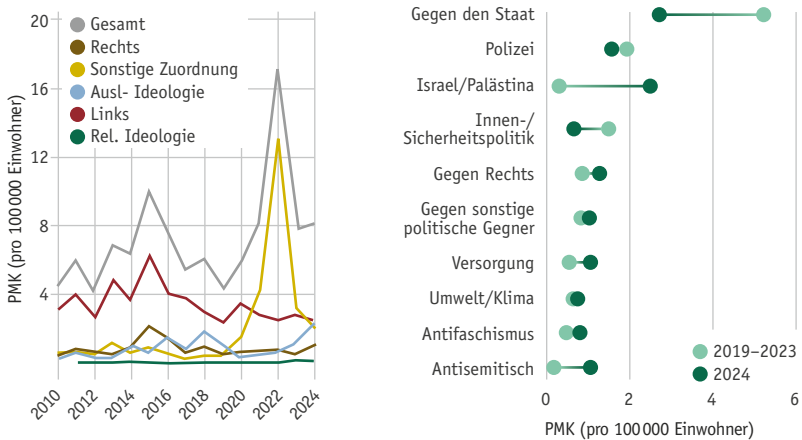


Abbildung 4: Politisch motivierte Kriminalität im Zusammenhang mit Demonstrationen. Entwicklung insgesamt und nach Phänomenbereichen (Links) und nach den am häufigsten registrierten Themenfeldern (Rechts)

Das Protestgeschehen in demokratischen Gesellschaften gilt als ein zentraler Indikator für Radikalisierungstendenzen, insbesondere wenn es zu gewaltförmigen oder konfliktiven Protestereignissen kommt (vgl. Grande et al., 2021). Abbildung 4 (links) veranschaulicht den Verlauf von politisch motivierten Kriminalitätsraten im Zusammenhang mit Demonstrationen nach phänomenologischer Zuordnung.

Bis zum Beginn der Corona-Pandemie im Jahr 2020 wurde die PMK im Kontext von Protesten überwiegend von linksmotivierten Straftaten dominiert. Während der Pandemie kam es dann zu einem massiven Anstieg an PMK-Raten, die mit Protesten gegen die staatlichen Schutzmaßnahmen im Zusammenhang standen und insbesondere im Bereich der Sonstigen Zuordnung verortet wurden. Nach einem anschließenden Rückgang dieser Fallzahlen nach Beendigung der Pandemie wurde im Jahr 2024 erneut die höchste Kriminalitätsrate im Bereich *Links* dokumentiert, auf den 31,0 % der Protestdelikte entfielen. Obwohl die linksmotivierten Kriminalitätsraten in den letzten fünf Jahren insgesamt weitgehend stabil blieben, veränderte sich die thematische Zuordnung der Delikte. So waren die Jahre

2022 und 2023 vor allem durch Protestdelikte im Themenfeld „Klima“ geprägt, während im Jahr 2024 mehrheitlich Konfrontationsdelikte „gegen rechts“ dokumentiert wurden (+93.0 %; Fallzahl 2024 = 994). Dass links-motiviertes Verhalten bei Protesten auch durch Gewalt gekennzeichnet ist, verdeutlicht der Befund, dass 60.4 % aller in diesem Bereich dokumentierten Gewaltdelikte im Kontext von Demonstrationen stattfanden.

Neben linksmotivierten Straftaten wurden 2024 bei Protesten vor allem Delikte im Bereich *Ausländische Ideologie* (29.4 %) sowie im Bereich *Sonstige Zuordnung* (24.9 %) dokumentiert. Wie bereits beschrieben, dominierten im Bereich *Ausländische Ideologie* Straftaten mit Bezug zum Israel-Gaza-Konflikt (+190.5 %; Fallzahl 2024 = 1 676), die besonders häufig Gewaltdelikte darstellten und sich überwiegend gegen Polizeikräfte richteten. Im Bereich *Sonstige Zuordnung* war nach dem Rückgang pandemiebezogener Straftaten (-88.6 %, Fallzahl 2024 = 133) und Delikten mit Bezug zur Ukraine (-54.0 %; Fallzahl 2024 = 481) im Jahr 2024 trotz ebenfalls reduzierter Fallzahlen ein Schwerpunkt bei Straftaten „gegen den Staat“ (-45.2 %; Fallzahl 2024 = 1 138) sowie beim Thema „Versorgung“ (-21.5 %; 705) erkennbar, die im Zusammenhang mit den Protestaktionen von Landwirten gegen Regierungsmaßnahmen standen („Bauernproteste“).

Trotz einer Zunahme an Straftaten im Jahr 2024, die sich unter anderem auf Konfrontationsdelikte „gegen links“ und gegen „Sonstige politische Gegner“ zurückführen lassen, blieben rechtsmotivierte Kriminalitätsraten bei Protesten im Vergleich zu anderen Phänomenbereichen insgesamt auf einem niedrigeren Niveau. Die Kriminalitätsraten im Bereich *Religiöse Ideologie* fielen im gesamten Beobachtungszeitraum am geringsten aus; 2024 entfiel ein Anteil von lediglich 1.7 % auf diesen Bereich. Wie im Bereich *Ausländische Ideologie* standen die religiös motivierten Delikte überwiegend im Zusammenhang mit dem Israel-Gaza-Konflikt (-12.2 %; Fallzahl 2024 = 101).

Ein Vergleich zwischen 2024 und dem Durchschnitt der fünf vorangegangenen Jahre bezüglich der häufigsten Themenfelder bei Protesten (Abbildung 4, rechts) verdeutlicht eine deutliche Zunahme antisemitischer Straftaten und von Delikten im Kontext des Israel-Gaza-Konflikts. Dagegen nahmen die Kriminalitätsraten im Themenfeld „gegen den Staat“ deutlich ab, was auf den Rückgang pandemiebezogener Proteste zurückzuführen ist. In anderen Themenfeldern zeigten sich im gleichen Zeitraum nur geringe Veränderungen, die auf keine ausgeprägte Dynamik hindeuten.

Im Jahr 2024 war die Politisch motivierte Kriminalität im Kontext von Protesten durch einen leichten Anstieg gegenüber dem Vorjahr gekennzeichnet. Besonders hervorzuheben ist die Zunahme von Delikten im Zusammenhang mit dem Israel-Gaza-Konflikt sowie von Konfrontationsdelikten, die sich gegen politische Gegner richteten. Während pandemie- und ukrainebezogene Delikte zurückgingen, waren die dokumentierten Straftaten im Bereich *Links* sowie im Bereich *Ausländische Ideologie* durch Gewaltdelikte geprägt, die sich überwiegend gegen Polizeikräfte richteten. Damit verdeutlicht das Protestgeschehen 2024 sowohl eine inhaltliche Verschiebung der thematischen Schwerpunkte als auch eine anhaltende Relevanz gewalt-samer Auseinandersetzungen im Rahmen von Demonstrationen.

Politisch motivierte Kriminalität gegen Amts- und Mandatstragende

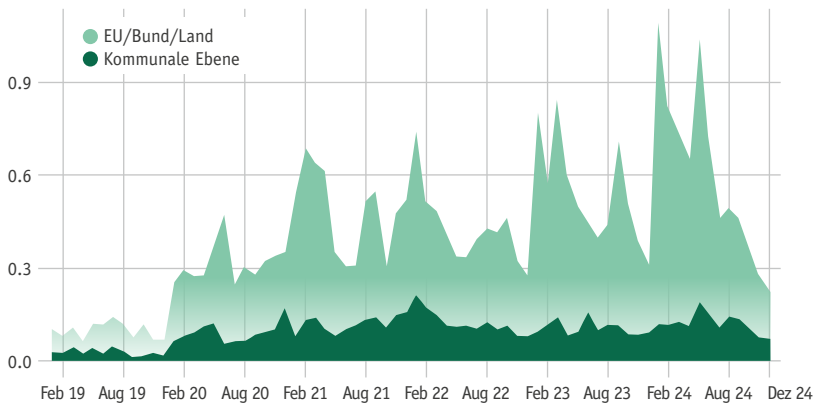


Abbildung 5: Monatliche Entwicklung der Kriminalitätsrate von politisch motivierten Straftaten gegen Amts- und Mandatspersonen auf der EU/Bund/Land und kommunalen Ebene für die Jahre 2019 bis 2024

Anfeindungen und Hetze gegen Personen in politischen Ämtern können erhebliche Folgen sowohl für die Amtsführung als auch für das private Leben der Betroffenen haben. Besonders auf kommunaler Ebene kann dies die Bereitschaft zur Übernahme von Ämtern und Mandaten beeinträchtigen (Bitschnau & Eberspach, 2024). In der Kriminalstatistik des KPMD-PMK werden Straftaten gegen Amts- und Mandatstragende seit 2019 als eigenes Angriffsziel erfasst (vgl. BMI & BKA, 2020). Abbildung 5

zeigt hierzu die monatlichen Raten politisch motivierter Straftaten gegen Amts- und Mandatspersonen seit 2019, differenziert nach den Ebenen Europa, Bund, Land sowie Kommune.⁸

Die Abbildung verdeutlicht, dass sich diese Kriminalitätsraten im Jahr 2019 und zu Beginn des Jahres 2020 auf einem vergleichsweise geringen Niveau bewegten, dann jedoch im zeitlichen Zusammenhang mit dem Beginn der Corona-Pandemie und den damit einhergehenden Schutzmaßnahmen deutlich anstiegen. Auffällig sind dabei Unterschiede zwischen den politischen Ebenen: Während die Fallzahlen auf EU-, Bundes- und Landesebene durch starke Schwankungen mit wiederkehrenden Spitzen gekennzeichnet sind, zeigt sich auf kommunaler Ebene seit 2020 ein kontinuierlicher Anstieg auf einem niedrigeren Niveau. Thematisch lässt sich die Zunahme an Kriminalitätsraten mit gesellschaftlichen Krisen- und Wahlereignissen in Verbindung bringen: Erste deutliche Zuwächse traten in den Jahren 2020/21 im Zusammenhang mit der Pandemie auf, weitere Spitzen in Wahljahren wie 2021 und 2024 sowie während politischer Spannungen im Kontext des Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine und der damit verbundenen Energiekrise (2022/23). Auf monatlicher Ebene zeigt sich so eine erkennbar zeitliche Assoziation zwischen den Schutzmaßnahmen zur Eindämmung der Pandemie und einem Anstieg der Straftaten gegen Amts- und Mandatspersonen.

Im Jahr 2024 erreichte die Kriminalitätsrate mit 7,25 Straftaten gegen Amts- und Mandatspersonen pro 100 000 Einwohner einen neuen Höchststand. Dies entspricht einer Zunahme um +12,2 % (Fallzahl 2024 = 6 059) gegenüber dem Vorjahr (vgl. Beitrag *Anfeindungen gegen Kommunalpolitiker:innen* in diesem Band). Dieser Anstieg geht vor allem auf eine Zunahme rechtsmotivierter Straftaten um +31,9 % (PMK-Rate: 1,25; Fallzahl 2024 = 1 041) sowie auf eine Erhöhung linksmotivierter Delikte um +77,2 % (PMK-Rate: 0,98; Fallzahl 2024 = 820) gegenüber 2023 zurück. Die überwiegende Mehrheit der Straftaten blieb allerdings im Bereich *Sonstige Zuordnung*, dessen Kriminalitätsrate sich um +0,7 % (PMK-Rate: 4,82; Fallzahl 2024 = 4 025) gegenüber dem Vorjahr veränderte. Wie in den Vorjahren entfielen weniger als ein Prozent der registrierten Straftaten auf die Bereiche *Ausländische Ideologie* und *Religiöse Ideologie*.

⁸ Hierunter wurden Straftaten mit dem Unterangriffsziel „Amtsträger“ oder „Mandatsträger“ in Verbindung mit den Unterangriffszielen „Europa“, „Bund“, „Land“ und „Kommune“ erfasst.

Zusammenfassend ist seit 2019 ein deutlicher Anstieg der registrierten Rate politisch motivierter Straftaten gegen Amts- und Mandatstragende zu beobachten, der im Jahr 2024 einen neuen Höchststand erreichte. Während die Delikte auf Bundes-, Landes- und EU-Ebene starken Schwankungen mit wiederkehrenden Spitzen unterliegen, zeigt sich auf kommunaler Ebene ein kontinuierlicher Zuwachs. Thematisch spiegeln die Anstiege gesellschaftliche Krisen- und Wahlereignisse wider, wobei insbesondere die Corona-Pandemie, die Energiekrise und die Wahlen in den Jahren 2021 und 2024 mit erhöhten Fallzahlen verbunden sind. Das Jahr 2024 war dabei durch einen großen Zuwachs von rechts- und linksmotivierten Straftaten geprägt, während die meisten Fälle nach wie vor im Bereich *Sonstige Zuordnung* dokumentiert wurden. Insgesamt lassen sich aus den Befunden eine wachsende Bedrohung für politische Amts- und Mandatspersonen ableiten und unterstreichen deren besondere Verwundbarkeit, insbesondere in Zeiten gesellschaftlicher Krisen.

Regionale Verteilung Politisch motivierter Kriminalität



Die Punkte repräsentieren die Kriminalitätsraten der einzelnen Kreise, wobei die Farbe den **städtischen (grün)** oder **ländlichen (rot)** Raum angibt. Der graue Boxplot im Hintergrund zeigt die Verteilung der Raten:

- Die mittlere Linie im Kasten stellt den Median dar, der den Wert repräsentiert, bei dem die Hälfte der Kreise höhere und die andere Hälfte niedrigere Raten aufweist.
- Der Kasten umfasst den Bereich der mittleren 50% der Kriminalitätsraten (Interquartilsabstand, IQR), der die Variabilität in den mittleren Werten der Kreise widerspiegelt.
- Punkte außerhalb des Kastens stellen Kreise mit besonders hohen oder niedrigen Raten dar.

Abbildung 6: Räumliche Verteilung von Politisch motivierter Kriminalität nach Phänomenbereich für das Jahr 2024 und den Durchschnitt der Jahre 2019 bis 2023 für den ländlichen und den städtischen Raum

Neben dem zeitlichen Verlauf des Deliktsaufkommens stellt die räumliche Verteilung Politisch motivierter Kriminalität einen wichtigen Indikator für das Verständnis von Radikalisierungsmechanismen und die Feststellung eines Präventionsbedarfs dar (vgl. Bretschki et al., 2025; Bretschki et al., 2023; Bitschnau et al., 2022). Dabei zeigt sich, dass sich das Aufkommen von PMK in Deutschland – wie auch polizeilich registrierte Kriminalität insgesamt (Messner et al., 2013) – nicht zufällig zwischen Regionen verteilt, sondern geografischen Mustern folgt. Diese äußern sich in Form von „Klumpungen“ kriminalitätsbelasteter Räume, die mit strukturellen Eigenschaften der Regionen assoziiert sind. Kenntnisse über die regionale Verteilung von PMK, deren Entwicklung und zugrunde liegende Strukturen können dazu beitragen, Viktimisierungsrisiken zu identifizieren und wirksame Präventions- und Repressionsmaßnahmen zu entwickeln.

Abbildung 6 gibt einen Überblick über die regionale Verteilung der politisch motivierten Kriminalitätsraten im Jahr 2024 auf Ebene der 400 Kreise und kreisfreien Städte im Vergleich zum arithmetischen Mittel der fünf vorangegangenen Jahre, differenziert nach Phänomenbereichen sowie nach siedlungsstruktureller Prägung (städtische und ländliche Kreise). Wie die Grafik verdeutlicht, lassen sich eine unterschiedliche Belastung und Streuung der Kriminalitätsraten zwischen den Phänomenbereichen erkennen.

Für den Bereich *Rechts* weisen die Regionen im Jahr 2024 den höchsten Median der Kriminalitätsraten sowie die größte Varianz auf: Sowohl der Zentralwert als auch die Streuung haben sich gegenüber dem Durchschnitt der Jahre 2019 bis 2023 deutlich erhöht (2024: Median = 33.77, IQR = 34.91; 2019–23: Median = 23.04, IQR = 21.50). Die Mehrheit der Kreise verzeichnet 2024 höhere Raten als im Fünfjahresdurchschnitt, sodass 95.0 % der Gebiete über diesem Referenzwert liegen.

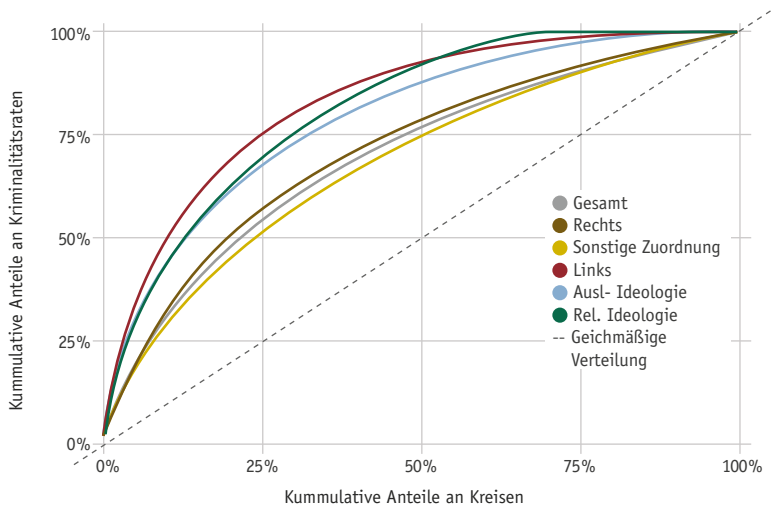


Abbildung 7: Die räumliche Konzentration von Politisch motivierter Kriminalität in deutschen Kreisen und kreisfreien Städten im Jahr 2024

Die im Vergleich zu den weiteren Phänomenbereichen geringe Konzentration dokumentierter Kriminalität wird durch Abbildung 7 bestätigt. Die Abbildung veranschaulicht die Kriminalitätskonzentration anhand von Lorenzkurven für die unterschiedlichen Phänomenbereiche, indem der kumulative Anteil der Kriminalitätsraten gegen den kumulativen Anteil der Kreise als räumliche Einheiten dargestellt wird: Je weiter die Kurve von der Gleichverteilungsdiagonale abweicht, desto stärker ist die räumliche Konzentration der Kriminalität. Demnach vereinen im Bereich *Rechts* 50 % der Kreise 78,1 % der rechtsmotivierten Straftaten pro 100 000 Einwohner auf sich. Daraus wird deutlich, dass zwar eine Konzentration von Kriminalität in bestimmten Regionen existiert, rechtsmotivierte Straftaten allerdings in weiten Teilen des Bundesgebiets auftreten. Mit Blick auf Abbildung 6 ist zudem ein struktureller Zusammenhang erkennbar, wonach der Median der Kriminalitätsraten in ländlich geprägten Kreisen 15,4 % höher als in städtischen Kreisen ausfällt, was auch mit der insgesamt höheren Kriminalitätsbelastung rechtsmotivierter Delikte in ostdeutschen Regionen und deren ausgeprägteren ländlichen Strukturen zusammenhängt.

Ein ähnliches Bild ergibt sich im Bereich *Sonstige Zuordnung*. Auch hier liegen der Median der Kriminalitätsraten und die Streuung im Jahr 2024 über dem Zentralwert der Jahre 2019 bis 2023 (2024: Median = 20.03, IQR = 18.59; 2019–23: Median = 18.15, IQR = 15.28), bei gleichzeitig vergleichsweise breiter regionaler Verteilung: Abbildung 6 zeigt, dass auf 50 % der Kreise 75.0 % der Kriminalitätsraten entfielen. Ebenso verzeichneten 73.8 % der Kreise höhere Kriminalitätsraten als der Fünfjahresdurchschnitt 2019–2023. Wie im Bereich *Rechts* zeigt sich zudem eine höhere durchschnittliche Belastung ländlicher Kreise, deren Medianrate 25.6 % über der städtischer Gebiete liegt. Auch im Bereich der *Sonstigen Zuordnung* besteht eine deutliche höhere Kriminalitätsbelastung in den in Ostdeutschland gelegenen Kreisen.

Im Bereich *Links* zeigen sich hingegen nur geringe Veränderungen im Median zwischen 2024 und dem Durchschnitt der Vorjahre (2024: Median = 4.33, IQR = 12.21; 2019–23: Median = 4.24, IQR = 8.61). Auffällig ist jedoch die vergleichsweise hohe Konzentration an Kriminalität (Abbildung 7): In 50 % der kriminalitätsbelastetsten Kreise wurden im Jahr 2024 92.7 % aller links-motivierten Kriminalitätsraten dokumentiert. Im Gegensatz zu den weiteren Phänomenbereichen wurden im Bereich *Links* nur bei 51.0 % der Kreise höhere Kriminalitätsraten als im Vergleichszeitraum dokumentiert. Auch hier sind ländlich geprägte Kreise im Median um 26.3 % stärker belastet.

Für die Bereiche *Ausländische Ideologie* und *Religiöse Ideologie* zeigt sich ein anderes Muster. Beide Phänomenbereiche verzeichneten 2024 einen deutlichen Anstieg der Median-Kriminalitätsraten sowie eine erhöhte Streuung gegenüber dem Fünfjahresdurchschnitt (Ausländische Ideologie: Median 2024 = 2.39, IQR 2024 = 4.02; Median 2019–23 = 1.80, IQR 2019–23 = 2.31; Religiöse Ideologie: Median 2024 = 0.81, IQR 2024 = 1.81; Median 2019–23 = 0.55, IQR 2019–23 = 0.83). In beiden Bereichen lässt sich bei der Mehrzahl der Kreise eine Zunahme der Kriminalitätsraten beobachten (Ausländische Ideologie: 66.5 %; Religiöse Ideologie: 58.8 %) und beide Bereiche weisen eine vergleichsweise hohe regionale Konzentration auf (Abbildung unten): Auf 50 % der Kreise entfallen 88.0 % der Straftaten pro 100 000 Einwohner auf *Ausländische Ideologie* und 91.5 % auf *Religiöse Ideologie*. Anders als in den Bereichen *Rechts* und *Sonstige Zuordnung* sind hier durchschnittlich mehr städtische als ländlich geprägte Kreise von Kriminalität betroffen (Ausländische Ideologie: ländlich versus städtisch = -58.2 %; Religiöse Ideologie: ländlich versus städtisch = -41.5 %).

Die regionale Verteilung Politisch motivierter Kriminalität weist im Jahr 2024 deutliche Unterschiede zwischen den Phänomenbereichen auf. Während *Rechts* und *Sonstige Zuordnung* durch eine breite Streuung und eine stärkere Belastung ländlicher Regionen gekennzeichnet sind, konzentrieren sich Delikte im Bereich *Ausländische Ideologie* und *Religiöse Ideologie* stärker auf städtische Räume. Linksmotivierte Straftaten weisen insgesamt stabile Raten auf, sind jedoch regional hoch konzentriert. Diese Unterschiede verweisen auf differenzielle Viktimisierungsrisiken für verschiedene Bevölkerungsgruppen und unterstreichen die Notwendigkeit einer regional differenzierten Präventionsarbeit.

Zusammenfassung und Schlussfolgerung

Der diesjährige Beitrag zum Monitoring von PMK verdeutlicht, dass Politisch motivierte Kriminalität in Deutschland weiterhin einem steigenden Trend folgt und im Jahr 2024 insgesamt sowie in unterschiedlichen Kategorien neue Höchststände erreichte. Zuwächse lassen sich in allen Phänomenbereichen beobachten, am deutlichsten jedoch bei rechtsmotivierten Straftaten, welche einen bereits steigenden Trend über eine erwartete Schätzung übertrafen. Zuwächse an Kriminalitätsraten lassen sich auch bei den am häufigsten dokumentierten Ausprägungen von Hasskriminalität beobachten, die den zuvor steigenden Entwicklungen folgen. Auch Straftaten im digitalen Raum und Anfeindungen gegenüber Amts- und Mandatstragenden nahmen deutlich zu. Protestbezogene Straftaten verblieben zwar auf einem hohen Niveau, zeigten nach den massiven Ausschlägen der Pandemie- und Krisenjahre jedoch keine auffälligen Zuwächse. Gewaltdelikte stiegen insgesamt nur moderat an; eine Ausnahme bildeten Gewalttaten im Kontext des Israel-Gaza-Konflikts, die überwiegend dem Bereich der *Ausländischen Ideologie* zugeordnet wurden und sich häufig gegen Polizeikräfte richteten.

Thematisch war das Jahr 2024 vor allem von internationalen Konflikten geprägt, insbesondere vom Israel-Gaza-Krieg, der in mehreren Phänomenbereichen mit Anstiegen der registrierten Kriminalitätsraten einherging. Daneben gewannen konfrontative Delikte an Bedeutung, die sich in verschiedenen Kategorien widerspiegeln und sowohl im digitalen Raum als

auch bei Protestgeschehen dokumentiert wurden. Diese Entwicklung verdeutlicht eine zunehmende Austragung politischer Konflikte in Form strafbaren Handelns. Regional zeigt sich ein heterogenes Bild: Rechtsmotivierte Straftaten und solche aus dem Bereich der Sonstigen Zuordnung traten breit gestreut und besonders in ländlichen Regionen auf, während Delikte der *religiösen* und *Ausländischen Ideologie* stärker in urbanen Räumen konzentriert waren. Die räumliche Verteilung linksmotivierter Straftaten blieb insgesamt weitgehend stabil, wies jedoch eine besonders ausgeprägte regionale Konzentration auf.

Bei der Interpretation dieser Ergebnisse sind methodische Einschränkungen zu berücksichtigen. Die Analysen basieren ausschließlich auf polizeilich registrierten Straftaten; nicht angezeigte oder nicht erkannte Delikte bleiben unberücksichtigt. Die strafrechtliche Einordnung der Verdachtsfälle ist zudem in der Eingangsstatistik juristisch noch nicht abschließend geklärt. Veränderungen in den Fallzahlen können sowohl tatsächliche Verhaltensänderungen widerspiegeln als auch auf ein verändertes Anzeige- oder Kontrollverhalten sowie Änderungen im Strafrecht zurückgehen. So trug etwa die im Jahr 2022 im Bundeskriminalamt eingerichtete Zentrale Meldestelle für strafbare Inhalte im Internet (ZMI) vermutlich zu einer erhöhten Sichtbarkeit von Online-Straftaten bei. Darüber hinaus hängt die phänomenologische Einordnung von Delikten von polizeilichen Einschätzungen auf der Grundlage vorliegender Informationen zu den Tat Umständen sowie erkennbaren Einstellungen der Tatverdächtigen ab und ist damit mit Unsicherheiten behaftet. Schließlich ist die statistische Modellierung langfristiger Trends mit Einschränkungen verbunden, komplexe gesellschaftliche Dynamiken zuverlässig und valide abzubilden.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass Politisch motivierte Kriminalität im Jahr 2024 nicht nur quantitativ an Bedeutung gewann, sondern auch von thematischen Schwerpunkten und einer zunehmenden räumlichen Heterogenität geprägt war. Damit unterstreichen die Befunde die Notwendigkeit zielgerichteter Ansätze in Prävention, Strafverfolgung und Demokratieförderung. Von besonderer Bedeutung ist es, Polarisierungstendenzen frühzeitig zu begegnen, gefährdete Personengruppen – wie durch Vorurteilskriminalität bedrohte Bevölkerungsgruppen sowie Amts- und Mandatstragende – gezielt zu schützen und die Resilienz demokratischer Institutionen insgesamt zu stärken.

Literatur

- Bitschnau, S. & Eberspach, K. (2024). Kommunales Monitoring. Hass, Hetze und Gewalt gegenüber Amtsträgerinnen und Amtsträgern (KoMo). Zentrale Befunde und eine Betrachtung gruppenspezifischer Unterschiede zur Herbstbefragung 2023 (S. 1–12). *KoMo-Bericht HB23*. MOTRA.
<https://www.motra.info/wp-content/uploads/2024/05/KoMo-Herbstbefragung-2023-1.pdf>
- Bitschnau, S., Michaelis, S., Bretsch, D. & Kemmesies, U. (2022). Radikalität im Spiegel politisch motivierter Kriminalität: eine Sozialraumanalyse auf Kreisebene – erste deskriptiv-explorative Analysen. In U. Kemmesies, P. Wetzels, B. Austin, A. Dessecker, E. Grande & D. Rieger (Hrsg.), *MOTRA-Monitor 2021* (S. 154–187). MOTRA.
- Bretsch, D., Bitschnau, S. & Michaelis, S. (2025). Räumliche Prädiktoren von antisemitisch motivierter Kriminalität in Deutschland. In U. Kemmesies, P. Wetzels, B. Austin, C. Büscher, A. Dessecker, S. Hutter & D. Rieger (Hrsg.), *MOTRA-Monitor 2023/24* (S. 186–211). MOTRA.
- Bretsch, D., Michaelis, S., Bitschnau, S. & Kemmesies, U. (2023). Kriminologische Sozialraumanalysen – Regionalräumliche Wechselwirkungen und Einflüsse sozialer Desorganisation auf politisch (rechts-)motivierter Kriminalität. In U. Kemmesies, P. Wetzels, B. Austin, C. Büscher, A. Dessecker, S. Hutter & D. Rieger (Hrsg.), *MOTRA-Monitor 2022* (S. 152–177). MOTRA.
- Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (2022). *Laufende Raumb Beobachtung. Gebietsstand 31.12.2022*. https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/forschung/raumb Beobachtung/Raumabgrenzungen/downloads/raumgliederungen-referenzen-2022.xlsx?__blob=publicationFile&v=2
- Bundeskriminalamt (n. d.). Zentrale Meldestelle für strafbare Inhalte im Internet (ZMI). *Gemeinsam gegen Hass und Hetze im Internet*. https://www.bka.de/DE/KontaktAufnahmen/KontaktBesondereThemen/MeldestelleHetzeImInternet/meldestelle_node.html
- Bundeministerium des Innern, für Bau und Heimat (2018). *Politisch Motivierte Kriminalität im Jahr 2017. Bundesweite Fallzahlen*. https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/2018/pmk-2017.pdf?__blob=publicationFile&v=7
- Bundeministerium des Innern, für Bau und Heimat & Bundeskriminalamt (2020). *Politisch motivierte Kriminalität im Jahr 2019. Bundesweite Fallzahlen*. https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/2020/pmk-2019.pdf?__blob=publicationFile&v=13
- Bundesministerium des Innern & Bundeskriminalamt (2025). *Factsheet. Bundesweite Fallzahlen 2024 Politisch motivierte Kriminalität*. <https://share.google/VmuMfmiltzeXN5BHBx>
- Coester, M. (2019). *Das Konzept der Vorurteilskriminalität*. Amadeu Antonio Stiftung. <https://doi.org/10.19222/201804/04>
- Destatis (2025). *Fortschreibung des Bevölkerungsstandes* (EVAS-Nr. 12411).
- Enzmann, D. (2025). Anzeigeverhalten und polizeiliche Registrierungspraxis. In N. Guzy, C. Birkel & R. Mischkowitz (Hrsg.), *Viktimisierungsbefragungen in Deutschland. Band 1: Ziele, Nutzen und Forschungsstand* (S. 511–541). Bundeskriminalamt.
- Grande, E., Hutter, S., Koopmans, R., Hunger, S., Kanol, E., Saldivia Gonzatti, D. & Völker, T. (2021). Politischer Protest und Radikalisierung. In U. Kemmesies, P. Wetzels, B. Austin, A. Dessecker, E. Grande, I. Kusche & D. Rieger (Hrsg.), *MOTRA-Monitor 2020* (S. 130–147). MOTRA.
- Hohner, J., Bretsch, D., Allwinn, A., Jost, P., Greipl, S., Schulze, H. & Rieger, D. (2025). *How (much) is politically motivated crime voiced online?* In Proceedings of the 75th Annual International Communication Association (ICA) Conference, Denver, CO, USA, jun 2025. International Communication Association (ICA).

Kemmesies, U. (2021). Perspektiven auf Radikalisierung – Das Verbundprojekt MOTRA im Profil. In U. Kemmesies, P. Wetzels, B. Austin, A. Dessecker, E. Grande, I. Kusche & D. Rieger (Hrsg.), *MOTRA-Monitor 2020* (S. 26–99). MOTRA.

Messner, S. F., Teske Jr, R. H., Baller, R. D. & Thome, H. (2013). Structural covariates of violent crime rates in Germany: Exploratory spatial analyses of Kreise. *Justice Quarterly*, 30(6), 1015–1041.

R Core Team (2024). *R: A language and environment for statistical computing*. R Foundation for Statistical Computing. <https://www.R-project.org/>

Schellenberg, B. (2024). *POLITISCH MOTIVIERTE KRIMINALITÄT*. Abgerufen am 25. September 2025 von https://www.gruene-thl.de/system/files/document/Studie%20zur%20Hasskriminalit%C3%A4t_Update%2016.05_0.pdf

Wood, S. N. (2000). mgcv: Mixed GAM computation vehicle with automatic smoothness estimation. R package version 1.9-4. Abgerufen am 15. Dezember 2025 von <https://cran.r-project.org/web/packages/mgcv>

Wood, S. N. (2017). *Generalized additive models: an introduction with R* (Second Edition). CRC Press.

Wood, S. N. (2025). *Generalized additive models*. *Annual Review Statistics and Its Application*. 12:497–526. <https://doi.org/10.1146/annurev-statistics-112723-034249>